

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelappte Zeile 60 Pfg., von auswärtig 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-gelappte Reklameweile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 57

Montag, den 8. März 1920

11. Jahrgang

Das Weltwirtschaftsprogramm der Entente.

Polen und Deutschland.

Der in Warschau befindliche Vertreter des „Berliner Tageblattes“ gibt seinem Blatte folgende Uebersicht des Wirrwarrs politischer Befürchtungen und Absichten, die sich in den letzten Kreisen und Köpfen des neuen Polens zeigen:

In feierlicher Sitzung hat die polnische Nationalversammlung die Eingliederung der ehemals preussischen Landesteile in das polnische Staatsgebiet feierlich verkündet. Die Bestimmungen des Friedensvertrages, die die territorialen Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen regeln, sind in allen wesentlichen Teilen erfüllt. In Thorn und Bromberg weht die polnische Fahne, bei Puszki ist polnische Kavallerie in die Wellen der Ostsee hineingeritten, um so symbolisch vom „polnischen Meer“ Besitz zu ergreifen, Ostpreußen ist vom Körper des Deutschen Reiches losgelöst, Danzig in einen Freistaat unter polnischer Oberhoheit verwandelt, Oberschlesien als Abstimmungsgebiet von alliierten Truppen besetzt. Es ist schwer, in diesen Tagen des Schmerzes und der Trauer die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einer sachlichen Betrachtung zu unterziehen. Dennoch soll es zur Klarstellung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten der deutschen Politik im Osten hier geschehen.

Es ist auch bei einer sachlichen Betrachtung nicht möglich, ganz von den Gefühlen abzusehen, mit denen sich Deutsche und Polen heute im allgemeinen gegenübersehen. Sie dürften sich in Deutschland aus Schmerz und Jörn, aus Rachegefühlen und Verachtung mischen, und sie werden von den Polen mit herzlicher Antipathie erwidert. Gleichwohl kann man feststellen, daß das Gefühl des Hasses und der Rachsucht für einst erlittenes Unrecht bei den Polen in dem Maß geringer wird, als man sich von den ehemals preussischen Gebieten entfernt, und daß diese Gefühle nicht unwesentlich durch die Freude an dem erreichten Erfolg gemildert werden. Das eigentlich herrschende Grundgefühl Deutschland gegenüber ist tiefes Mißtrauen, gepaart mit sorgender Furcht. Denn die Polen sind sich der außerordentlichen Schwierigkeiten ihrer Lage vollkommen bewußt. Eingeleitet zwischen Deutschland und Rußland sind sie sich völlig klar darüber, daß sie zwei volkreiche Staaten zu Nachbarn haben, die sie aus begreiflichen Gründen nicht zu ihren Freunden zählen können. Sie wissen, daß in Deutschland niemand daran denkt, in den Bestimmungen der Artikel 87 bis 108 des Friedens von Versailles den Ausfluß einer göttlichen Gerechtigkeit zu sehen. Sie wissen, daß ihnen auch Rußland unter dem Regime zumindest einen Teil der beanspruchten Gebiete streitig machen wird, auch wenn es Polens Recht auf volle Selbstständigkeit schließlich anerkennen sollte. Selbst der Gedanke, daß Deutschland heute ein blutender Krüppel ist und Rußland, nach der Meinung vieler, in den nächsten dreißig Jahren vollumfänglich mit seinen inneren Schwierigkeiten beschäftigt sein wird, gewährt den Polen keine hinreichende Beruhigung. Und so wird die ganze auswärtige Politik Polens heute im wesentlichen von Mißtrauen und Furcht vor Deutschland und Rußland bestimmt.

Unter dem Einfluß dieser Gefühle, die alle wirtschaftlichen Erwägungen und sachlichen Interessen stark in den Hintergrund drängen, sind nun in der auswärtigen Politik Polens zwei Richtungen entstanden. Die einen wünschen auch weiterhin das Bündnis mit Frankreich und England zur ausschließlichen Grundlage der polnischen Politik zu machen, auch weiterhin „Ententepolitik“ auf Gedeih und Verderb zu treiben. Die andere Richtung wünscht, ohne das Bündnis mit den beiden Westmächten zum ersten Ziele zu werfen, die Grundlage für eine selbständige polnische Politik zu schaffen.

Die Politik, die alles von dem Bündnis mit Frankreich und England erwartet, ist seinerzeit vom polnischen Nationalkomitee in Paris vertreten worden, und man kann nicht leugnen, daß ihr Polen seine großen Erfolge auf der Friedenskonferenz verdankt. Als ihren geistigen Nährvater kann man Herrn Clemenceau bezeichnen, dessen polnische Politik nur einen Teil seiner allgemeinen Barrikadenpolitik gegen Deutschland gebildet hat. Sie wird heute noch, wenn auch mit gewissen Abschwächungen, von den Nationaldemokraten betrieben, und an ihrem Wesen ändert auch der Wunsch der Nationaldemokraten nichts, später wieder mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen. Denn dieses Rußland der Zukunft, von dem die Nationaldemokraten träumen, soll wieder der Bundesgenosse der Entente werden und so den Wall gegen Deutschland im Osten nur verstärken.

Diese politische Richtung wird natürlich von Frankreich auf das lebhafteste unterstützt, von Herrn Millerand nicht minder als von Herrn Clemenceau. Gleichwohl kann man feststellen, daß die Fiktion des Bündnisses mit Frankreich und England vorüber ist. Die französische Propaganda feiert im großen und ganzen nur dort Erfolg, wo sie es eigentlich gar nicht mehr nötig hat: bei der polnischen Aristokratie und in jenen Finanzkreisen, die durch ihre engen Beziehungen zu Frankreich zugleich ihre Kultur bestimmen und ihre wirtschaftlichen Interessen fördern wollen. Auch die Bemühungen des Chefs der französischen Militärmission, des Generals Henrys, die noch vorhandenen Sym-

pathien für Frankreich neu zu beleben, begegnen nicht mehr völlig dem richtigen Verständnis. General Henrys ist jetzt mit 500 weiteren Offizieren zur Ausbildung der polnischen Armee in Warschau eingetroffen, und er hat aus diesem Anlaß eine sehr kriegerische Rede gegen Deutschland gehalten. Aber die Polen haben berechnet, daß ihnen schon ein ganz kleiner Leutnant 200 000 Mark im Jahre kostet; sie haben festgestellt, daß sie von ihren Verbündeten eigentlich nicht übermäßig viel Unterstützung im Kampf gegen Rußland erhalten haben, und alle diese Erkenntnisse wirken ein wenig drückend auf die Begeisterung. Auch die Sympathien für England sind seit Abschluß des Friedens nicht gerade gewachsen.

In allen polnischen Blättern kann man jetzt lesen, daß die Engländer, unter Mißachtung der verbrieften Rechte Polens, aus Danzig ein Gibraltar an der Ostsee zu machen suchen, und nicht ohne Ursache fragt man sich, was die Engländer pflichtlich in Letztland suchen, wenn nicht ein neues Einfallstor nach Rußland.

Das alles hat nun nicht wenig dazu beigetragen, jener zweiten Richtung in der auswärtigen Politik Polens das Uebergewicht zu verschaffen, die die Grundlagen für eine selbständige Politik Polens zu legen sucht. Das Hauptfundament dieses politischen Systems bildet die hier bereits ausführlich dargestellte polnische Randstaatenpolitik, die Polen gegen die russische Gefahr abdammen soll. Gleichzeitig aber macht sich das Bedürfnis nach einer gewissen Ueberprüfung des Verhältnisses zu Deutschland stark bemerkbar, und es ist nun notwendig, sich zunächst mit den Rückwirkungen zu befassen, die die verschiedenen politischen Strömungen in Deutschland selbst auf Polen haben.

Es ist den Polen nicht unbekannt, daß auch in Deutschland zwei politische Richtungen miteinander um die Herrschaft streiten: jene von der authentischen Reaktion vertretene Richtung, die die Beseitigung des Unrechts von 1918 nur von der Wiederherstellung der militärischen Macht Deutschlands erwartet, und jene andere, mehr oder minder von den gegenwärtigen Regierungsparteien vertretene Richtung, die die Abänderung des Versailler Friedensvertrages von dem Sieg jener Grundbesitz erhebt, die der Friede von Versailles so wenig verwickelt hat wie der Friede von St. Germain. Es muß aber gesagt werden, daß die Polen nicht sehr deutlich zwischen diesen beiden Richtungen unterscheiden. Sie sind im großen und ganzen der Meinung, daß eigentlich alle Parteien Deutschlands nur auf eine günstige Gelegenheit warten, um im Osten die Grenzen Deutschlands so wiederherzustellen, wie sie vor dem 1. August 1914 bestanden, sei es, indem sie bereit sind, verhandelt mit dem Rußland der Zukunft an eine neue Teilung Polens zu schreiben, sei es, indem sie die Erfüllung ihrer Hoffnungen von dem „Verfall des lebensunfähigen polnischen Staates“ erwarten. Selbst offizielle Kreise sind bereit, der deutschen Regierung vorzuerklären, daß schon heute alle polenfeindlichen Bestrebungen, wie die der Litauer, wirksame Unterstützung in Berlin genießen, und die Vorwürfe im Baltikum sind nicht minder als eine Bedrohung der polnischen Selbstständigkeit aufgefaßt worden.

Dann legt der Verfasser dar, wie falsch man in Polen urteilt, wenn man von Deutschland brutale Vergeltungspläne erwartet.

Das Londoner Wirtschaftsmanifest.

Das wirtschaftliche Manifest, das, wie der „Temps“ Samstag mittags, auf Verlangen der französischen Regierung einige Abänderungen erfahren hat, soll gestern abend von London nach Paris telegraphiert worden sein, um zur Genehmigung dem Ministerpräsidenten Millerand unterbreitet zu werden. Inzwischen aber ist in London, wie der „Temps“ ebenfalls feststellt, ein Auszug des Manifestes veröffentlicht worden. Das Memorandum beschäftigt sich zunächst mit den Wechselkursen und fährt dann fort:

Der Oberste Rat glaubt, daß die notwendigen Kredite gefunden werden müßten, sobald die europäischen Regierungen Maßnahmen getroffen hätten, um Vertrauen für ihre wirtschaftliche und finanzielle Politik zu gewinnen. Der Oberste Rat habe ferner die besondere Lage in Deutschland ins Auge gefaßt, wo jeder Versuch, Handelskredite zu erlangen, fehlschlägt, und zwar aus dem Grunde, weil seine Verpflichtungen zur Wiedergutmachung noch vollkommen unbekannt seien. Der Oberste Rat glaubt deshalb, es wäre außerordentlich wünschenswert und liegt im Interesse der alliierten Länder, wie im Interesse Deutschlands, wenn die Gesamtsumme der Wiedergutmachung, die Deutschland erhalten soll, nach dem Friedensvertrage von Versailles zu bezahle, sobald es möglich festgesetzt werde.

Der Oberste Rat glaubt, daß Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe zu erhalten, und wenn dies nach Ansicht der Wiedergutmachungskommission notwendig sei, müsse es berechtigt sein, eine Anleihe im Auslande anzunehmen. Der Oberste Rat sei überreimgekommen, gewisse Schritte anzustellen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu vermindern. Es scheint ihm von großer Bedeutung zu sein, daß die Friedensverhältnisse so rasch als möglich wieder hergestellt werden.

Die Armeen müssen überall auf den Friedensstand zurückgeführt werden. Maßnahmen müssen getroffen werden für die Heranführung des Kredit und für die Einschränkung des Notenumlaufes. Die Wiederaufarbeitungsarbeit, namentlich in Norden Frankreichs, könne nicht aufgeschoben werden bis zur Zahlung der im Friedensvertrage von Versailles Deutschland auferlegten Summe. Deshalb erachtet es der Oberste Rat für notwendig, daß die Kapitalien für die Wiederaufrichtung der verwüsteten Gebiete durch Anleihen gefunden werden müßten, für deren Garantien die Wiedergutmachungssumme, die von Deutschland in Ausführung des Friedensvertrages zu erlangen sei, gelten müßte.

Der Oberste Rat sei ferner entschlossen, im allgemeinen Interesse Deutschlands und seiner Gläubiger die Deutschland auferlegten Zahlungsansprüche auszuwählen, und er habe beschlossen, von seinen Delegierten bei der Wiedergutmachungskommission zu verlangen, daß sie Deutschland von der Verlängerung dieser Fristen in Kenntnis setzen, und es fragen, ob es damit einverstanden sei, daß sobald als möglich auf der Grundlage der Zahlungsmöglichkeit die Gesamtsumme festgesetzt werde, die Deutschland als Entschädigung zu bezahlen habe.

Die deutsch-polnischen Beamterverhandlungen.

Mit dem 31. März d. Js. erreicht die Tätigkeit der Beamten in den an Polen abgetretenen Gebieten gemäß dem deutsch-polnischen Abkommen vom 9. November v. Js. ihr Ende. Da Verhandlungen über das definitive Beamtenabkommen seitdem nicht stattgefunden haben, wird die deutsche Regierung am 1. April die unmittelbaren Staatsbeamten aus Polen herausziehen. Mittelbare Staatsbeamte und Lehrer werden von dieser Anordnung nicht betroffen. Neuerdings macht sich bei der polnischen Regierung der Wunsch bemerkbar, Verhandlungen über die Beamtenfrage aufzunehmen. Angesichts der Haltung, die die polnische Regierung in verschiedenen Fragen, insbesondere hinsichtlich des Verkehrs nach Ostpreußen, eingenommen hat, ist deutscherseits die Meinung, dem polnischen Staat weiterhin Beamte zur Verfügung zu stellen, bereits teilweise gering. Jedoch falls für solche Verhandlungen nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn die polnische Regierung äußerste Garantien zur Sicherstellung der deutschen Beamten geben würde und außerdem die Durchführung des Artikels 89 des Friedensvertrages von ihr gewährleistet wird.

Ein bedauerlicher Erzech.

Berlin, 7. März. (W. T. B.) Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohn des Prinzen Albrecht, und anderen deutschen Gästen mit drei Mitgliedern der französischen Militärmission. Als die Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, forderte die französischen Herren zum Aufstehen auf. Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warfen der Prinz und andere Gäste Mineralwasser, Gläser und andere Gegenstände nach den Franzosen. Es kam zu Tätlichkeiten, bei denen die französischen Herren Beulen und Quetschungen davontrugen. Der Prinz wurde aus dem Hotel entfernt. Der Vorfall wird jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittermeister v. Plathen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schutzhaft genommen werden.

Die Berliner Blätter ohne Unterschied der Parteistellung bedauern den Erzech im Hotel Adlon. Die „Kreuzzeitung“ spricht von einem unliebsamen Zwischenfall und meint, die Angelegenheit bedürfe nach der näheren Aufklärung. Der „Vorwärts“ schreibt, daß in einer Berliner Arbeitermehrwahl es nicht zu einem so widerwärtigen Standal hätte kommen können. Die „Morgenpost“ sagt: Die eindringliche Warnung der zuständigen Stellen, niedrige Getränke zu trinken, ist nicht beachtet worden.

Das neue Reichstagswahlgesetz.

Berlin, 6. März. Der von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte Entwurf des Wahlgesetzes bestimmt u. a.: Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichsbürger ist und 20 Jahre alt ist. Wählen kann der, wer in eine Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahre Reichsbürger ist. Die Wahlkreise sind so bemessen, daß auf ihre Gesamtwahlerezahl in der Regel vier Abgeordnete fallen. Ueber die Wahl der Auslandsdeutschen heißt es u. a.: Wahlberechtigt und wählbar sind auch Reichsbürger, die sich im Auslande ständig aufhalten, sowie solche, die es vorübergehend tun und einen Wahlschein besitzen. Das gesamte Ausland bildet einen Wahlkreis. Die Auslandsdeutschen erhalten fünf Abgeordnete, wie oft die Summe der von ihnen abgegebenen Stimmen durch 80 000 teilbar ist.

Danziger Nachrichten.

Die Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft

Am Sonntag, den 6. März, in der Aula der Petrischule, nach dem vom Geschäftsführer erstatteten Bericht über das erste Halbjahr sei folgendes hervorgehoben: Die am 31. Dezember 1919 aufgestellte Bilanz weist unter Aktiva und Passiva die Summe von 194 863,52 Mk. auf. Der Reingewinn beträgt in 6 Monaten 23 476,95 Mk. Die Mitgliederzahl ist gestiegen von 1874 am 30. Juni 1919 auf 1872 am 31. Dezember 1919.

Der Warenumsatz betrug in den 6 Monaten in Verkaufsstelle I 653 098,87 Mk., in Verkaufsstelle II 196 288,92 Mk. Insgesamt 849 387,79 Mk. In beiden Verkaufsstellen betrug der Umsatz Januar-Februar 1920 175 815,20 Mk., wobei sich in der Zeit vom 1. Juli 19 bis 29. Februar 20 ein Umsatz von 95 092,99 Mk. ergibt. Ein gutes Resultat angesichts der Tatsache, daß der Gesamtumsatz 1917/18 182 746,52 und 1918/19 677 202,21 Mk. betrug. Diese Aufwärtsentwicklung drückt sich im Sparlassenverkehr aus:

	Einzahlung.	Auszahlung.
Vom 1. 7.—31. 12. 18	19 465,81 Mk.	15 821,77 Mk.
1. 7.—31. 12. 19	85 696,68 Mk.	14 681,17 Mk.

Obwohl diese Zahlen an sich unbedeutend, spiegelt sich in ihnen das steigende Vertrauen der Mitglieder zur Genossenschaft. Mit dem steigenden Vertrauen ist aber auch die Gewähr für die Aufwärtsentwicklung der Genossenschaft gegeben.

Die Errichtung von zwei neuen Verkaufsstellen steht unmittelbar bevor. Die eine Frauengraben und die andere in Heubude. Es besteht ferner die Absicht, neue Verkaufsstellen in Schidlich, Odra, Neufahrwasser, Niederstadt und anderen geeigneten Stadtteilen zu errichten, sobald es gelingt, geeignete Läden zu bekommen.

Des ferneren ist die Erwerbung eines etwa 9000 qm großen Geländes in Aussicht genommen, wozu die Zustimmung der Generalversammlung erbeten und einstimmig erteilt wurde. Geplant ist, auf diesem Grundstück, sobald die Verhältnisse es gestatten, Geschäftsgebäude, Lagerhaus, Bäckerei mit Nebenbetriebe, Kaffeebrennerei, Seltzerfabrik usw. zu errichten.

Der im 2. Punkt der Tagesordnung verlesene Bericht des Verbandesvorsitzenden enthielt, von kleinen Bemerkungen abgesehen, nichts Bemerkenswertes. Die Tätigkeit der Verwaltung im vergangenen Geschäftsjahr war darin anerkennend gewürdigt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung erfolgte die Neuwahl von 4 ordnungsmäßig auszuführenden Aufsichtsratsmitgliedern. Gewählt wurden die Genossin Sellin, die Genossen Wegner, Battenhauer und Lehmann-Heubude.

Nachdem im Verchiedenen noch einige, immer wiederkehrende Verkaufsstellen-Schmerzen, besprochen waren, erfolgte Schluß der nicht sehr gut besuchten Versammlung.

Demokratischer Parteitag.

Gestern fand im Deutschen Gesellschaftshaus ein gut besuchter Parteitag der deutsch-demokratischen Partei (liberaler Verband) für den Freistaat Danzig statt. Aus allen größeren Orten waren Vertreter erschienen. Den Vorsitz führte Kaufmann Stebenfreund. Oberstaatssekretär Schmiljan hielt einen Vortrag über die Stellung der Partei zu den Freistaatswahlen, an den sich eine Aussprache knüpfte. Es wurde auch erörtert, ob man diese Wahlen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen solle. Man entschied sich jedoch dafür, daß die politische Partei sie durchführen solle. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

Der heute voramteilte Parteitag der deutsch-demokratischen Partei (liberaler Verband) des Freistaats Danzig spricht die Erwartung aus, daß die Wahlen der verfassunggebenden Volksvertretung des Freistaats Danzig mit größter Beschleunigung vor-

genommen werden, daß ferner zu den zum Abschluß des Staatsvertrages zwischen Danzig und Polen eingeleiteten Vorarbeiten umgehend auch Vertreter der Bürgerlichkeit des Freistaats Danzig hinzugezogen werden.

Nachmittags hielt Dr. Danne einen Vortrag über die Danziger Währungsfrage und trat dabei für Beibehaltung der deutschen Währung ein. Justizrat Fabian berichtete dann über die Arbeiten des Verfassungsausschusses. Die Danziger Verfassung wird etwa in 14 Tagen in erster Lesung beendet sein. Eine Reihe demokratischer Forderungen sind in dem Entwurf festgelegt. — Zum Schluß wurden einige innere Fragen behandelt.

Schwierigkeiten bei den deutsch-polnischen Eisenbahnverhandlungen.

Gleichzeitig mit den Danziger-polnischen Eisenbahnverhandlungen finden in Warschau die deutsch-polnischen Verhandlungen statt, die zum Ziele haben, für den Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und Deutschland die notwendigen Vereinbarungen zu schaffen und, wenn möglich, eine Grundlage für den aufgrund des Artikels 98 des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Polen zu schließenden Staatsvertrag zu geben. Auch die deutsch-polnischen Verhandlungen gehen nur langsam vor sich. Polen wollte zunächst für den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen so wenig Möglichkeiten schaffen, daß Deutschland hiermit unter keinen Umständen zufrieden sein konnte. Die Verhandlungen werden fortgesetzt in der Erwartung, daß ihr endliches Ergebnis die deutschen Ansprüche auf den Durchgangsverkehr Teutland-Ostpreußen genügend sichern wird.

Neue Bausteine.

Auf der Danziger Messe war ein neuer Baustein ausgestellt, der für Danzig Bedeutung erlangen dürfte. Es ist der Schlackenbetonhohlstein, den die Konzentrale Bau-Aktien-Gesellschaft in Danzig ausstellte. Das Verfahren ist bereits im Meterverein zustimmend besprochen worden und die Stadt hat mit der Gesellschaft einen Vertrag wegen Lieferung der Schlacken geschlossen. Aus Schlacken, Sand und Zement wird ein Baustein gepreßt, der grau ausfällt, sehr haltbar sein soll und nagelbar ist. Es ist ein Hohlstein in großem Format von 25x35 Zentimeter. Der Stein ist leichter als ein Ziegelstein, was bei der Berechnung der Tragfähigkeit der Mauern von Bedeutung ist. Da zur Herstellung dieses Steins Kohlen nicht erforderlich sind, nur elektrische Kraft für die Presse, würde sich der Preis geringer stellen, wie der von Ziegeln. Durch den hohen Zementpreis sind die Preise für beide Bausteine jetzt gleich. — Das Bauen ist aber erheblich billiger, weil durch das große Format an Arbeitskosten gespart wird. Das Mauerverk, das in der Messe aufgestellt war, wurde von einem Maurer an einem Tage aufgebaut. Die Hohlräume sind miteinander verbunden, so daß die ganze Umfassungsmauer des Hauses mit einer annähernd gleich abgestimmten Temperatur erfüllt ist. Für Fenster, Türen, die Lager für Balken, Zwischenelemente usw. werden besondere Steinformen geliefert. Die Bauart ist der Eigenart des Steins angepaßt. Der Stein kann schnell hergestellt und der Bau schnell aufgeführt werden. Er ist auch sofort trocken und beziehbar. Für Kleinbauten eignet sich der Stein ganz besonders. Bei hohen Bauten ist ein Eisenfachwerk erforderlich. Das graue Aussehen des Stein kann durch farbigen Verputz der Fugen belebt werden. Natürlich kann man auch den Stein verputzen. Es ist beabsichtigt, den Baustein in Danzig in größerem Maßstabe zur Anwendung zu bringen.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft weist darauf hin, daß der Termin zur Einreichung der Erklärung, in welchem Wahlkörper die Berechtigten zu wählen beabsichtigen, mit Ende der Woche abläuft. Nach der Verfassung der Handelskammer wird auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl-

rechts in vier Wahlkörpern gewählt, von denen der erste die Wahlberechtigten der Betriebe der Industrie, der zweite die Wahlberechtigten der Betriebe des Großhandels, der dritte die Wahlberechtigten der Betriebe des Klein- und Einzelhandels, und der vierte die Wahlberechtigten des Kleinhandels umfaßt. Jeder Wahlkörper wählt 6 Mitglieder der Handelskammer. Der Bezirk der Handelskammer umfaßt gegenwärtig den Stadtkreis Danzig, die Landkreise Danziger Höhe und Danziger Niederung mit Ausnahme des Amtsbezirks Pöbbernow. Man hofft in Handelskammerkreisen, daß sich die noch ausstehenden Bezirke des zukünftigen Freistaats der Handelskammer nach ihrer Konstituierung anschließen werden.

Frauen-Versammlung. In der gutbesuchten Frauenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach Genosse Grünhagen über die Ernährungsfrage im Freistaat. Redner schilderte die schwierige Situation, in der wir uns jetzt befinden. Vorgeordnet von der deutschen Republik werden wir hier wohl bald Weltmarktpreise bekommen, und was das bedeutet, erläuterte der Redner an Hand treffender Beispiele. In der Diskussion wurde angeregt, daß es notwendig sei, ein Ausfuhrverbot für den Freistaat zu erwirken, damit die Ernährung der Freistaatsbewohner sichergestellt werden könnte. Genosse Hooten erläuterte die Nahrungfrage. Mit einem Appell an die Genossinnen für den Zusammenschluß der Konsumenten im Konsumverein zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Freie Arbeitervereineigung 1920. Der Verein hält jetzt seine Übungsstunden in der Turnhalle Rehwiedergasse jeden Dienstag von 6 bis 8 Uhr abends und Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags ab. In denselben ist der arbeitenden Klasse Gelegenheit gegeben, sich in der modernen Schwereathletik auszubilden. Die Auszubildenden haben hervorragende Kräfte übernommen, darunter der bekannte Meisterringer Leo Potrieffe, Dorisfeld Aufnahme von neuen Mitgliedern.

Wruken verkauft. In der Halben Allee, in der Nähe des Steffensparks, wird ein Adler Duft verbreitet. Wenn man der Quelle nachgeht, kommt man an die Wruken, in denen die Wruken lagen. Die Wruken sind herausgenommen und große Mengen liegen verkauft auf dem Grunde der Wruken, die jetzt zugeworfen werden. Die Wruken sind verkauft, weil sie in der Frostzeit angeliefert und angefroren eingemietet wurden.

Aus den Gerichtssälen.

Diebstahl in der Artilleriekaserne. Wegen Diebstahls und Fehlerlei hatten sich vor der Strafkammer der Arbeiter Rathke, der Schneider Wobest, der Friseur Schröder und der Kaufmann Gitschin in Danzig zu verantworten. Aus der Artilleriekaserne wurden 4 Rollen Leder und 2 Rollen Flachleinwand im Werte von 12 000 Mark gestohlen. Die 8 ersten Angeklagten waren die Täter, während Gitschin die Ware für 4800 Mark kaufte und für 6500 Mark verkaufte und sich dadurch der Fehlerlei schuldig machte. Das Gericht verurteilte Rathke zu einem Jahr Gefängnis, er als Wobest gefällig war, den Wobest zu 6 Monaten Gefängnis und Schröder zu 9 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls und Gitschin wegen Fehlerlei zu 9 Monaten Gefängnis.

Aus dem deutschen Osten.

Freistadt. Pferdebstahl. Im vorigen Herbst war dem Besitzer Ehler in Sommerau ein Pferd gestohlen worden. Als Dieb hatte man den Besitzer Gerski aus Adlig-Schnaib bei Plesken im Kreise Graudenz, der früher in Gühringen bei Freystadt wohnte, in Verdacht. Durch Anmündung einer List gelang es ihm in diesen Tagen bei Bischof mit dem Pferde über die Grenze zu locken, wo das Tier dann sofort von dem Gendarmen-Wachmeister Tögler hier selbst beschlagnahmt wurde.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

„So will ich euch Beichte hören, Reindorferin.“ Der Pfarrer setzte sich an das Bett der Sterbenden, der Bauer wollte sich erheben, aber sie machte eine heftige Bewegung, als wollte sie ihn zurückhalten, so daß der Seelsorger sich rasch erhob und sagte: „Bleibt nur da, Reindorfer.“

Der alte Mann trat zurück an den Tisch und stützte den Kopf in die Hände. Es rührte und regte sich nichts, nur das Geflüster und leise Geschluchze der Weidenden drang eindringlich an sein Ohr.

Der Pfarrer bewegte sich etwas unruhig, er sprach der Bäuerin Trost zu, bekehrte dann und machte das Kreuzzeichen über sie.

Er erhob sich und trat auf den Bauer zu. „Reindorfer,“ sagte er, „mein Weib ist nun mit Gott verbunden, aber ehe ich ihr das heilige Abendmahl reichen, begehrt sie noch seine Verzeihung für all das, womit sie sich gegen ihn veründigt hat. Reindorfer, er ist ein Christ, habe ich es nötig, ihm viel Worte darüber zu machen?“

„Rein, Hochwürden, dasselbe ist nicht not. Sie hat schon recht, wenn sie das begehrt, denn unser Herrgott mißunt die Dinge wohl nicht so auf wie ein Mensch, und darum ist es gut, man verlangt auch den Menschen ihre Verzeihung ab! Sie hat auch recht, — gleichwohl sie hat merken können, ich trage ihr nichts nach, — wenn sie es gefogt haben will, denn selbst ein Wort zur letzten Bege ist wahrhaft und läßt sich nicht lägen und nicht leugnen.“ — Er trat heran an das Bett. — „Kosel, wenn ich daran denk, wie lange du brav und christlich warst, verdammt ich nicht, dir in deinem Sterben nachzutragen, daß du einmal schwach und himmlich gewesen.“

Das Weib schluchzte heftig. Der alte Mann fuhr sich über die Augen mit der Rechten, dann erhob er sie feierlich. „Und so sag ich dir denn, daß ich dir alles vom Grunde des Herzens verzeihe, so wahr ich mir dereinstens von Gott und den Menschen das Gleiche erhoffe. Amen!“

Er legte seine zitternde Hand in die ihre, sie sah ihn daran und hielt den Blick der matten Augen hart auf ihn gerichtet. „Mein Joseph, so ist es nun recht geworden, nun bleibst du. Ich wollte nur, ich hätte noch ein Leben mit dir, — du fehlst es anders haben.“ Wieder meinte sie heftig.

„Du dich nicht aufregen der hochwürdige Herr versammelt den das Gefinde!“

„Du bleib bei mir, Joseph, du bleib bei mir, auch vor den Leuten, gelt ja. — das ist unser neuer Brauttag, unter Brauttag.“

Der Pfarrer, der vor die Türe getreten war, führte jetzt den Wehner und das Gefinde herein. Als er der Bäuerin die kirchliche Tröstung reichte, trat er selbst nur einen Schritt heron und vertrieb den Bauer nicht von seinem Bette, und als sie gingen, winkte er ihm mit stillem Gruß, zu bleiben.

Über eine Weile waren die Leute fort, die Bäuerin atmete ruhiger, es löste sich ihre Hand, sie war eingeschlummert. Der Bauer trat leise von ihrem Bette zurück, ging nach dem Tische und griff nach der Feder. Er hatte an Magdalena geschrieben, wie es um ihre Mutter stehe und daß sie für sie beten solle. Jetzt fügte er noch hinzu, daß sie eben mit den Sterbesakramenten versehen worden sei und daß er ihr vom Grunde des Herzens verzeihen habe.

Er beendete den Brief nicht, es ward ihm gar ängstlich in der Stube, er schlich hinaus nach dem Hofe und tat einige tiefe Atemzüge.

Ihre Neze hat mir schier weggegan,“ murmelte er. „Es ist doch ein eigenes herzverjährtes Wesen um so ein Sterbendes, wie bald und es soll nimmer sein; da möchte man vorher noch einmal den ganzen Herzinhalt vor ihm ausschütten, aber er will nicht ins Wort, bis es vorbei ist, und man behält das Ganze für sich, ungesagt und ungehört. O du, mein Herr und Gott! Die hilft sich doch alles auf der Welt so elendig durch, was geboren wird, bis es wieder versterben muß! Galt ja, wüßten wir uns allsamt rechtchaffen erbarmen! Von der Liebe soll mir keiner sagen, die sucht ihren Grund und hat ihr Abscheu, das Erbarmen fragt nicht danach, dem ist genug, daß eines mit da ist, das Erbarmen unter einander, es ist noch das Beste!“

Er horchte auf, wohl regte sich nichts, aber er eilte mit leisen Schritten zurück an das Sterbelager seines Weibes.

Am frühen Morgen darauf macht sich Florian bereit, die Mühle zu verlassen.

„Wohin denn wieder,“ fragte finster der Müller. „Ist das Herumströmen nie ein Ende haben? Muß alle Tage etwas ins Werk, was du dir ausgedenkt hast, um meinen Namen noch mehr zu verächtlichen? Immer muß man in Angst sein, daß du von einem Gange nicht mehr heimkehrst. Sieh dich vor, du treibst es artig, sie werden dich noch erschlagen.“

„Sei geschell, Flori, ich bitte dich, sei geschell“, sagte die Müllerin.

„Sorg dich nicht, Mutter,“ entgegnete der Bursche, „dann wandte er sich an seinen Vater. „Wenn sie mich erschlagen, ich klagte nicht darum, du weißt am besten, was mir am Leben liegen kann: nur ganz nicht, dazu hast du kein Recht, denn wie du warst, werd ich doch auch sein dürfen!“

„Ich war nie so“, brauste der Müller auf.

„Nag auch sein, daß ich es übertreibe, dafür ist es dich leichter angekommen, ich geb mir Mühe dazu. Nun behält Gott!“

„Zu mir zu Liebe“, bat die Müllerin, „und bleib nur heute, den einen Tag, heim.“

„Reim ist langweilig.“

„Sag wenigstens, wohin du gehst“, beehrte der Müller.

„Ei, weiß ich, wohin mich der Zufall bringt und meine Füße tragen? Wehst euch Gott!“

Fort war er. Die Müllerin blickte, wie Rat und Trost suchend, nach ihrem Namen, aber der stand selbst wie verloren da.

„Es ist ein Glend mit dem Jungen,“ sagte er, „aber es wird sich wohl geben, er treibt es mit zu viel Haß und Uebernehmen, da muß er es bald müde werden und Klein begeben.“

„Meinst du?“

„Ei freilich.“

Florian ging durch das Lannemwäldchen, die Sonne schien herauf, jenseits aber, als er über die Wiese herunterkam, lag der Reindorferhof noch in Morgenräucher. Der Rausch stand vor dem Tore, eine Magd kam herzugehauert, da sah er die Wiese aus dem Mund und unterließ es, weiter zu jagen, er schickte sich gerade an, der voraneilenden Dirne langsam nachzufolgen, als Florian ihn anrief: „Nun, was ist mit der Bäuerin?“

Der Rausch wies im Gehn mit der Weife nach dem Hofe. „Sie lebt eben“, sagte er leise.

„Schau einmal.“ Gleichgültig ging Florian der Straße nach weiter. Gestern wäre ihm vielleicht eingefallen, daß die Sterbende Magdalena Mutter war, aber heute überkam es ihn nicht. „Rein war der Himmel, und die Sonne wird bald ganz herab sein und es diesmal rechtlich warm meinen. Wer, der in frischer Jugendkraft dem sonnigsten Tage entgegengeht, wird auch an das Sterben und an den Tod denken?“

Das kommt, da hat es noch lang hin!

Er schritt rüftig aus, es war kein kleines Stück noch bis Reindorf.

(Fortsetzung folgt.)

